

Wahlprüfsteine Rentenpolitikwatch

Katrin Lechler, Bündnis 90/ Die Grünen, Wahlkreis 279 Pforzheim

1) Wir möchten das Niveau der gesetzlichen Rente auf heutigem Niveau stabilisieren, also ein weiteres Absinken verhindern. Bereits um das zu erreichen, braucht es ein Bündel von Maßnahmen:

Unser Rentenkonzept besteht aus den drei Säulen gesetzliche, private und betriebliche Altersvorsorge, wovon die gesetzliche die wichtigste Säule ist und bleibt. Wir möchten die gesetzliche Rentenversicherung (ebenso wie die Kranken- und Pflegeversicherung) zu einer Bürgerversicherung umbauen, in die alle Bürger*innen unter Berücksichtigung aller Einkunftsarten einzahlen. In einem ersten Schritt möchten wir die nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen, Minijobber*innen, Langzeitarbeitslose und Abgeordnete einbeziehen. Die Einnahmehasis möchten wir außerdem erhöhen, indem wir den Erwerbsanteil insbesondere von Frauen erhöhen (weniger Teilzeitarbeit, Lohngleichheit). Versicherungsfremde Leistungen wie die "Mütterrente" müssen künftig steuerfinanziert werden.

Eine Erhöhung des Rentenniveaus fänden auch wir sehr wünschenswert, aber Forderungen sollten immer seriös, sprich umsetzbar sein; Beitragssatz und Rentenniveau müssen schließlich auch im Verhältnis stehen, nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft.

2) Ja. Wir möchten eine *Garantierente* einführen, die Altersarmut verhindert: Langjährig Versicherte, also Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet haben, Kinder erzogen, andere Menschen gepflegt oder sonstige Anwartschaften in der Rentenversicherung erworben haben, sollen im Alter eine Rente beziehen, die oberhalb der Grundsicherung liegt - ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Anrechnung von betrieblicher und privater Altersvorsorge.

3) Ja! (s. Antwort zu Frage 1)

4) Nein. Versicherungsfremde Leistungen wie die "Mütterrente" müssen künftig

steuerfinanziert werden.

5) Wir möchten die Riester-Rente grundlegend reformieren und ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einzuführen, das als öffentlich verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten soll. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge soll vor allem Geringverdienenden zugute kommen. Bei den Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf und fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang aus rein medizinischen Gründen erfolgte. Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab. Bei der Renteneinheit sind wir die einzige Partei, die eine sofortige komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West fordert.